

Geschäftsstelle:
Gasselstiege 13
48159 Münster
Telefon:
02 51 / 21 20 50
Fax:
02 51 / 200 66 13



E-Mail: info@lsv-nrw.de
Internet: www.lsv-nrw.de

20.08.2008

**2. STELLUNGNAHME DER
LANDESSENIORENVERTRETUNG NRW e. V. (LSV NRW)
ZU DEM ENTWURF EINES GESETZES
ZUR UMSETZUNG DER FÖDERALISMUSREFORM
AUF DEM GEBIET DES HEIMRECHTS
(WOHN- UND TEILHABEGESETZ – WTG –)**

Einleitung der Verbändeanhörung

Vorbemerkung

Die von der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen im Mai 2008 vorläufig abgegebene Stellungnahme soll durch diese 2. Stellungnahme ergänzt und akzentuiert werden. Inhaltlich ist an der im Mai 2008 abgegebenen Stellungnahme keine Änderung erforderlich.

1. Das WTG ist in seiner Sprache gekennzeichnet durch Undeutlichkeit und Unbestimmtheit, die sich leicht jeweils zu Gunsten des wirtschaftlich Stärkeren auslegen und wenden lässt.

Was bedeutet z. B. - § 1 (1) 3. Satz - „Die zuständigen Behörden sollen sich bei der Anwendung von Rechtsvorschriften von der Lebenswirklichkeit älterer, pflegebedürftiger und behinderter volljähriger Menschen leiten lassen“? Muss man die Rechtsvorschriften bei dieser Gruppe nicht ernst nehmen und zu deren Schutz anwenden?

2. Das Gleiche wird deutlich in § 1 (2), wo die Aufgaben der Betreuungseinrichtungen gegenüber ihren Bewohnern dargestellt werden. Hier wird die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Personen (siehe BMFSFJ) verstümmelt und abgeschwächt zitiert.

Es sollte hier ein Verweis auf die in dieser Charta niedergelegten Rechte geben, die die Heimbetreiber zu respektieren und zu erfüllen haben. Gegenüber dem Heimgesetz des Bundes bleiben die Schutzbestimmungen im WTG weit zurück.

3. In § 1 (3) Satz 1 wird dies fortgesetzt, in dem ausgeführt wird: „Die Betreiber haben die Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die den Bewohnern ihrem Alter, ihrer Behinderung oder ihrer Pflegebedürftigkeit entsprechend eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen.“

Der Betreiber hat nur die "Rahmenbedingungen zu gewährleisten" und nicht dafür zu sorgen, dass eine tatsächliche Teilhabe möglich ist. Diese Teilhabe wird dann zusätzlich noch eingeschränkt mit dem Hinweis auf Alter, Behinderung und Pflegebedürftigkeit. Dies findet sich durchgehend im Gesetz und es ist nicht verständlich, wie dadurch die Rechte der Betroffenen gestärkt werden sollen, wie der beigegebene Gesetzeskommentar glauben machen will.

4. Bei der Definition des Geltungsbereiches (§ 2) werden auch ambulant-betreute Wohn- und Pflegegruppen erfasst, wenn die Mieter der Wohngemeinschaft alle den selben Anbieter von Betreuungs- und Pflegeleistungen benutzen.

Damit wäre die in Köln gewählte Konstruktion (Vermieter GAG, Mieter eine GBR gebildet aus den Mietern und ihren Angehörigen, die mit einem Pflegedienst einen Betreuungsvertrag abgeschlossen hat) ebenfalls dem WTG unterliegend.

Hier würde es eigentlich genügen, festzustellen, dass Betreuungseinrichtungen mit weniger als 12 zu Betreuenden nicht dem Gesetz unterliegen.

Zusätzlich bezieht sich die Betreuungseinrichtung auf „ein Gebäude“. Gerade bei ambulant betreuten Wohngruppen wäre aber gut vorstellbar, dass in einem Gebäude 2 oder 3 Wohngruppen unterschiedlicher Art (Demenz, Körperbehinderung, nur geringer Betreuungsaufwand) untergebracht sind. Dies wird in Köln-Vingst gerade realisiert.

5. Diese ambulant-betreuten Wohngruppen, die nach Aussage aller vermehrt gefördert werden sollen und den pflegebedürftigen Personen eine Wahlfreiheit zwischen stationärer und ambulanter Betreuung bringen sollen, müssen bestimmte Qualitätskriterien einhalten. Diese könnten von der Heimaufsicht - außerhalb des WTG - gewährleistet werden.

6. In § 4 (1) erfolgt eine Begriffsbestimmung zur „Betreuung“.

Hier wäre es ausreichend, nur den 1. Satz zu haben und damit festzulegen, dass jede Betreuung allgemeine, soziale und pflegerische Elemente hat. Im Übrigen könnte auf andere Gesetze verwiesen werden.

7. Bei der Mitwirkung und Mitbestimmung wurde zum einen die Rechtsstellung des Beirates gestärkt (Mitbestimmung!), was aber wahrscheinlich nicht weiter trägt, weil die Wahrnehmung des Rechtes nicht geregelt ist.

Zum anderen wurden wichtige Dinge aus der Mitwirkung ausgeschlossen, wie dies schon festgestellt worden ist.

Es wird begrüßt, dass die Zusammensetzung des Beirates nun auch ehrenamtliche Betreuer und gewählte Seniorenvertreter ermöglicht. Es wird auch die Möglichkeit der Bildung eines Vertretungsgremiums positiv gewertet. Besonders wichtig ist es, dass diese Gremien und Personen durch finanzielle und sächliche Unterstützung ihrer Arbeit durch den Betreiber zu fördern sind.

8. Es kann nicht zugelassen werden, dass die geringen „Anforderungen an die Wohnqualität“ - § 11 (3) - dann nicht erfüllt werden müssen, wenn der jeweilige Bewohner dem schriftlich zustimmt. Hier muss die zuständige Behörde verantwortlich entscheiden.

Dass ein Antrag auf Befreiung von Verpflichtungen zur Schaffung der notwendi-

gen Wohnqualität den Betreiber auch vorläufig schon von dieser Verpflichtung „befreit“, ist nicht nachvollziehbar. Dieser Satz sollte vollständig gestrichen werden, da er gleichzeitig den Rechtsanspruch des Bewohners aushebelt.

9. Die personellen Anforderungen an die Beschäftigten in § 12 werden unter „angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrgenommen“. Hier müsste es heißen, dass „Nichtfachkräfte nur unter Aufsicht und Anleitung von Fachkräften tätig werden dürfen“. Es ist dann unerheblich, ob es sich um soziale oder pflegerische Betreuung handelt, da Betreuung immer eine ganzheitliche Maßnahme ist.
10. Es muss hier nochmals ausdrücklich betont werden, dass Arbeit in einer Einrichtung der stationären Altenpflege eine anspruchsvolle und verantwortliche Tätigkeit ist, die nur nach entsprechender fachlicher Ausbildung verantwortlich durchgeführt werden kann. Die Formulierungen des Gesetzes führen aber zu einer Abnahme des Fachpersonals und damit zu einer Abnahme der Qualität der Betreuung.
11. In § 15 (1) wird der Vollzug von Rechtsvorschriften an den unbestimmten Begriffen „der Lebenswirklichkeit älterer, pflegebedürftiger und behinderter volljähriger Menschen“ relativiert. Wo bleibt hier das Recht der Betroffenen und dessen Durchsetzbarkeit gegenüber dem Betreiber und den Behörden?
12. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene wird begrüßt. Hier müssen aber zusätzlich die Landessenorenvertretungen, die Sozialverbände und die Behindertenvertretungen als gleichberechtigte Teilnehmer und Vertreter der Betroffenen hinzugenommen werden.

Die in Artikel 2 vorgelegten Verordnungen entsprechen dem Gesetzestext. Es finden sich nun ausführliche Angaben zum Beirat und dessen Möglichkeiten, die verständlicherweise nicht über die beklagten Einschränkungen des Gesetzestextes hinausgehen können.

Dr. Uta Renn, Vorsitzende der LSV NRW

Dr. Martin Theisohn, Vorstandsmitglied der LSV NRW

Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der LSV NRW